

Unternehmen und eine Fabrik auf der Insel Hainan, die dem Ministerium für Elektronik angegliedert sind; die Filiale der Bank of China in Shijiazhuang in der Provinz Hebei; das Komitee für Außenhandelsbeziehungen der Verwaltungsregion Hainan sowie die Hainan International Trust and Investment Corporation. Nach Angaben der Untersuchungskommission hatte die Firma Guangyu im Dezember 1984 einen Vertrag mit einer französischen Firma unterzeichnet, der den Import von Farbfernsehgeräten vorsah. Insgesamt sollen 180.000 Farbfernsehgeräte im Werte von mehr als 40 Mio. US\$ geschmuggelt worden sein. Guangyu hatte von der Filiale der Bank of China Devisen bekommen und dann illegal eine Importlizenz gekauft. Im März 1985 fanden Zollbeamte in Hainan heraus, daß die Importlizenz ungültig war. (Financial Times, 8.2.1986; XNA, 7.2.1986) -lou-

TAIWAN

*
*

*(40)

Jiang Xiaowus neue Mission in Singapur

Am 17. Februar brachte die taiwanische Presse eine kleine, aber doch überraschende Nachricht, daß Jiang Xiaowu, Sohn des Staatspräsidenten Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo), zum stellvertretenden Vertreter der Handelsrepräsentation Taiwans in Singapur ernannt worden sei. Noch am folgenden Tag nach dieser Bekanntgabe traf er bereits zum Antritt seines neuen Amtes in Singapur ein (LHB, 18. und 19.2.86). Seit langer Zeit gab es Spekulationen, daß er die politische Macht seines Vaters erben würde. Außerdem ging das Gerücht um, daß er hinter dem Geheimdienst-Skandal bei der Ermordung von Henry Liu (Liu Yiliang alias Jiang Nan), Dissident und Autor einer kritischen Biographie über Jiang Jingguo, stünde.

In einem Interview mit der US-Nachrichtenzeitschrift "Time" vom 16. August 1985 sowie in einer Rede vom 25. Dezember des gleichen Jahres vor den Abgeordneten der Nationalversammlung hatte Präsident Jiang Jingguo betont, daß sein Amtsnachfolger nicht aus seiner Familie kommen werde (C.a. August 1985, S. 506f., Ü 46 und Dezember 1985, S. 811, Ü 43). Mit der Entsendung Jiang Xiaowus nach Singapur sollte nochmals seine Absicht demonstriert werden, seinen Sohn nicht zum Nachfolger zu designieren.

Jiang Xiaowu (42) ist der zweite Sohn von Jiang Jingguo. In den 60er Jahren hat er in der Bundesrepublik

Deutschland Politologie studiert (offenbar ohne Abschluß), seitdem arbeitete er beim taiwanesischen Rundfunk, in den letzten sechs Jahren als Generalmanager der Rundfunkgesellschaft "Broadcasting Corp. of China" (BCC), die zu der Regierungspartei Guomindang (Kuomintang) gehört. Angaben über ein Amt eines geschäftsführenden Sekretärs im Staatssicherheitsrat wurden offiziell nicht bestätigt.

Zwischen Taiwan und Singapur gibt es keine diplomatischen Beziehungen. Die Handelsrepräsentation ist ein halbamtliches Vertretungsorgan. Für Jiang Xiaowu selbst ist die Versetzung vom Generalmanagement der Rundfunkgesellschaft zum stellvertretenden Vertreter der Handelsrepräsentation in Singapur, der nur dem Status eines Vize-Generalkonsuls entspricht, sicher eher eine Degradierung als eine Beförderung. Darüber hinaus ist er nun weit vom Machtzentrum entfernt und gilt tatsächlich nicht mehr als Kronprinz.

Jiang Xiaowu hat drei Geschwister. Die Schwester ist in den USA ansässig; der ältere Bruder, Jiang Xiaowen, früher als Playboy bekannt, gilt dem Vernehmen nach seit längerem wegen einer Geschlechtskrankheit als Taugenichts; der jüngere Bruder, Jiang Xiaoyong, ist als Unternehmer tätig.

In Taiwan ist es ein bekanntes Geheimnis, daß der Präsident noch zwei uneheliche Söhne hat, die Zwillinge Zhang Xiaoyan und Zhang Xiaoci. Der erste hat in Belgien studiert und ist zur Zeit Leiter der Abteilung für Nordamerika im Außenministerium. Der jüngere Bruder, Zhang Xiaoci, ist Professor für Rechtswissenschaften an einer privaten Universität in Taipei. Noch vor kurzem hieß es, daß Zhang Xiaoyan zum stellvertretenden Vertreter der halbamtlichen Repräsentation Taiwans in Washington ernannt werden sollte. Stattdessen wurde nun sein Halbbruder, Jiang Xiaowu, überraschend nach Singapur entsandt (vgl. Taiwan Gonglunbao, USA, 17.2.86; Taipei Dangan, 27.1.86; DGB, 26.2.86; ZYRB, 10.2.86). -ni-

*(41)

Ergebnis der Kommunalwahlen

Am 1. Februar fanden in Taiwan Kommunalwahlen statt. Zu den 837 neu gewählten Abgeordneten von Kreisen und kreisfreien Städten gehören 665 oder 79,45% zu der Regierungspartei KMT (Kuomintang, d.h. Guomindang), die übrigen 172 oder 20,54% sind Oppositionelle. Überdies hat die KMT bei den Wahlen der Gemeindevorsteher und der Bürgermeister der kreisunmittelbaren

Städte 291 (94,17%) und die Opposition 18 (5,28%) der insgesamt 309 Ämter gewonnen (LHB, 3.2.86 u. CP 3.2.86).

Laut Angabe der KMT gehören sogar 679 (81,12%) der neugewählten Abgeordneten und 294 (95,15%) der Vorsteher bzw. Bürgermeister ihrer Partei an. Dazu haben noch weitere 26 der neugewählten Abgeordneten und 3 der neugewählten Ämter bereits beantragt, in die Partei einzutreten. Damit sollte ihr Wahlerfolg noch höher sein, d.h. 705 (84,23%) der Abgeordneten bzw. 297 (96,1%) der Ämter (ZYRB, 2.2.86). Allerdings muß man darauf hinweisen, daß es 17 neugewählte Abgeordnete und 23 Vorsteher gibt, die zwar zur Partei gehören, aber sich ohne Zustimmung der Partei, d.h. auch gegen die von der Partei nominierten Kandidaten an den Wahlen beteiligt haben (LHB, 5.2.86). Darüber hinaus hat die KMT im Vergleich zu den vorletzten Kommunalwahlen vor vier Jahren mit dem Erfolg von 80% der gewählten Abgeordneten bzw. 96% der gewählten Ämter eher noch eine geringe Schlappe erlitten (vgl. C.a., Jan. 1982, S. 13, Ü 43).

Im Vergleich zu den Wahlen auf höheren Regierungsebenen sind die Kommunalwahlen in Taiwan noch mehr von unpolitischen Faktoren wie Sippschaft, Interessengruppen und vor allem Geld beeinflusst. Diesmal hörte man besonders viel von Stimmenkauf. Darüber hinaus sind über 138 Kandidaten vor Wahlbeginn aus ihren Wahlbezirken ausgezogen, um damit ihre Kandidaturen automatisch zu verlieren. Man vermutete, daß es sich dabei um einen Kuhhandel zugunsten der Gegenkandidaten gehandelt habe. Die Anwendung von Geld als Wahlkampfmittel bestand nicht nur zwischen den Kandidaten verschiedener politischer Zugehörigkeit, sondern auch unter den Kandidaten der Regierungspartei - in vielen Wahlbezirken, wo es keine oppositionellen Kandidaten gab, hat die KMT auf die Nominierung von Kandidaten verzichtet und die Kandidaturen für alle Parteimitglieder freigegeben. So herrschte auch bei den Kreistagswahlen von Parlamentssprechern und deren Stellvertretern, wo die KMT überall die absolute Mehrheit besitzt, hohe Konjunktur beim Kuhhandel (vgl. LHB, 25.2. u. 2.3.86). Offenbar, nur um den äußerlichen Wahlsieg zu sichern, hat die Regierung, die mit allen Mitteln den Wahlkampf zuungunsten der parteilosen Opposition wiederholt eingeengt hatte, bislang bezüglich des Geldeinflusses auf die Wahlen immer ein Auge zuge-drückt, weil die lokalen und finanzstarken Kräfte zwecks ihrer eigenen Interessen natürliche Bündnispartner der konservativen

Regierungspartei sind.

Die parteilosen Oppositionellen, die überwiegend liberale Intellektuellen sind und sich infolge des Parteiverbots und der Pressezensur seitens der Regierung nicht streng organisieren können, haben ihre Basis hauptsächlich unter der städtischen Bevölkerung, vor allem in den Millionenstädten Taipei (Taipei) und Gaoxiong - hier fanden jedoch keine Kommunalwahlen statt. So haben sie diesmal auch keinen großen Erfolg erzielt. Allerdings waren die Ergebnisse in einigen Wahlbezirken sensationell. In den drei Kreisstädten Pingdong, Zhanghua und Xinying wurden drei parteilose Bürgermeister gewählt. Im Landkreis Gaoxing wurde die Tochter des lebenslänglich verurteilten Dissidenten Yang Jinhai, Yong Yayun, zum Mitglied des Kreistages gewählt. Besonders peinlich für die KMT-Regierung war der Wahlsieg des Dissidenten Chen Wenhui, der noch vor kurzem unter der Beschuldigung von Unruhestiftung bei den Wahlen von Provinzabgeordneten und Kreisvorstehern im letzten November in der kreisfreien Stadt Xinzhu verhaftet worden war. Damals war er Wahlhelfer des oppositionellen, inzwischen gewählten Provinzabgeordneten Zhuang Jimmei und hat sich selbst diesmal bei den Kommunalwahlen als Kandidat für die Mitgliedschaft des Kreistages Miaoli gestellt. Obwohl er infolge der Verhaftung im Wahlkampf nicht hatte auftreten können, wurde er mit den meisten Stimmen zum Abgeordneten des Kreises gewählt (Taiwan Gonglunbao, USA, 6.2.86 u. Taiwan Minbao, USA, 8.2.86). Aber gerade einen Tag vor der offiziellen Bekanntgabe der Wahlergebnisse hat das Amtsgericht der Stadt Xingzhu ihn zu zwei Jahren Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt. Falls das Urteil endgültig bestätigt wird, ist sein Wahlkreis verloren (LHB, 8.2.86). -ni-

HONGKONG UND MACAU

*
*

*(42)

Die Sorge um 1997 ist immer noch präsent

Wenn auch die Zukunft Hongkongs bereits in der sino-britischen gemeinsamen Erklärung von 1984 geregelt wurde (die britische Kolonie soll ab 1997 eine chinesische Sonderadministrationszone mit hoher Autonomie und unveränderter kapitalistischer Gesellschaft umgewandelt werden (C.a. September 1984, S.528 ff.)), wurde die Öffentlichkeit in Hongkong in den letzten Monaten wiederholt von einigen Äußerungen aus Beijing aufgestört. Im letzten Oktober und November haben

die für Hongkong zuständigen Politiker wie Ji Pengfei, Direktor des Büros für die Angelegenheiten Hongkongs und Macaus unter dem chinesischen Staatsrat, und Xu Jiatur, Leiter des Büros der amtlichen chinesischen Presseagentur Xinhua in Hongkong (praktisch Beijings ranghöchster Vertreter in der Kolonie), die Hongkonger Regierung vor drastischen politischen Reformen wie der Einführung von direkten Wahlen und Parlamentarismus während der Übergangszeit gewarnt (C.a. November 1985, S.756 f., Ü37). Dies wurde in Hongkong von der neutralen wie rechtsgerichteten Presse als eine Einmischung Beijings in die inneren Angelegenheiten Hongkongs noch vor 1997 und dadurch als Verstoß gegen den genannten Vertrag kritisiert. So fragten sich manche, ob die chinesische Regierung tatsächlich Hongkong nach 1997 eine politische Autonomie gewähren wird. Während dieser Unmut noch nicht abgekühlt ist, haben Äußerungen des Generalsekretärs des Büros für die Angelegenheiten Hongkongs und Macaus, Lu Ping, bei seinem jüngsten Besuch in Hongkong wieder Wellen geschlagen.

Lu Ping hielt sich mit 11 Rechtsexperten vom 4. Januar bis 5. Februar einen Monat lang in Hongkong auf. Aufgabe der Delegation war, für den Entwurf eines Grundgesetzes für die künftige Sonderzone Hongkong an Ort und Stelle öffentliche Meinungen zu sammeln, - Lu ist gleichzeitig der stellvertretende Generalsekretär des Ausschusses für den Entwurf des Grundgesetzes. Die Delegation hat nach Meldungen der von Beijing gesteuerten Presse mit über 1.100 Personen aus allen Kreisen Hongkongs gesprochen bzw. ist mit ihnen zusammengekommen, und der Besuch wurde als erfolgreich beschrieben (DGB, 6.2.86). Bei seiner Ankunft in Hongkong betonte Lu, daß er in Hongkong nur Meinungen hören und keine eigene Meinung äußern möchte. Aber unter dem Druck der Journalisten hat er doch zu einigen empfindlichen Fragen über die Zukunft Hongkongs Stellung genommen. Die auffälligste Äußerung von ihm, die die einheimische Öffentlichkeit beunruhigte, war die Kritik an dem weit verbreiteten Motto "Gangren Zhigang" (Hongkong durch Hongkonger regieren). Er meinte, daß das Wort unwissenschaftlich sei und es sei auch zunächst nicht aus dem Mund chinesischer Politiker gekommen. Dies löste sofort die Spekulation aus, daß Beijing in Zukunft Hongkong keine hohe Autonomie gewähren werde und daß die Regierung Hongkongs nach 1997 von der chinesischen Zentralregierung oder dem ZK der KPCh bestimmt werden solle. Um eine neue Angst vor 1997 in Hongkong zu vermeiden, erklärte Lu

später seine Worte damit, daß das politische Prinzip unverändert bleibe, aber es müsse in Rechtsprache in dem bevorstehenden Grundgesetz der Sonderzone geschrieben werden.

Ein anderes Wort Lus, das die Öffentlichkeit Hongkongs ebenfalls bestürzte, war seine Äußerung zur Frage der Pressefreiheit. Er sagte, daß nach 1997 die Pressefreiheit solange unangetastet bleiben werde, wie sie die Souveränität Chinas nicht gefährde. Am 13. Februar erklärte Xu Jiatur auf die Frage von Journalisten zu der Äußerung Lus, daß es sich dabei nur um eine "persönliche Auslegung" von Lu gehandelt habe.

Darüber hinaus löste Lu bei seinem Besuch eine weitere Kontroverse über das Regierungssystem der künftigen Sonderzone Hongkong aus. Laut sino-britischer gemeinsamen Erklärung soll die Legislative der Sonderzone gewählt werden, der gegenüber die Administration verantwortlich (accountable) sein soll. Lu meinte, das Wort "verantwortlich" habe verschiedene Bedeutungen und China habe sich darüber noch nicht entschieden. Er ergänzte jedoch, es könnte auch "klären, erläutern und konsultieren" bedeuten. Bei einer anderen Gelegenheit unterstrich er eine Gewaltentrennung zwischen Legislative und Administration für die künftige Sonderzone. Die Exekutive, so bekräftigte Lu, solle der Legislative nicht unterstehen und umgekehrt. Er wünsche nicht, daß die Legislative die Mitglieder der Administration wähle. Ferner vermied er eine Antwort auf die Frage, ob der Regierungschef der zukünftigen Sonderzone gewählt werden soll (FEER, 20.2.86).

Um die Meinungen in Hongkong über das politische System nach 1997 zu erkunden, war im letzten Dezember ein Beratungskomitee für den Entwurf des Grundgesetzes der künftigen Sonderzone Hongkong gegründet worden. In seiner Rede auf der Gründungstagung kündigte Ji Pengfei, der sich damals in Hongkong aufhielt, an, daß der erste Entwurf dieses Grundgesetzes 1988 veröffentlicht werden solle und daß 1990 die endgültige Fassung vom chinesischen Nationalen Volkskongreß verabschiedet werden könne (siehe dazu C.a. Dezember 1985, S.812 f., Ü46-47). Aber aus den oben genannten Äußerungen von Ji, Xu und Lu kann man schon mit Sicherheit feststellen, daß Beijing kaum Interesse daran hat, einen westlichen Parlamentarismus in das geplante Grundgesetz für die künftige Sonderzone Hongkong einzuführen. -ni-